

## Beratungsergebnis

der 1. öffentlichen Sitzung des Rates am 27.06.2014

**18. Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 06.06.2014:  
Auswirkungen des so genannten geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP)  
-DS-NR.: 168/2014-**

**Frau Wessel (DIE LINKE)** begründet ausführlich den Antrag.

Sie erinnert dabei u.a. an die Diskussion um die Ansiedlung der MVA. Hätte das TTIP damals schon existiert, hätte der Investor ihrer Meinung nach auf den Investitionsschutz gepocht und die MVA hätte ggf. nicht verhindert werden können. Das TTIP sei ein Angriff auf Arbeitnehmerrechte, Bürgerrechte, Verbraucherschutz und vor allem die Planungshoheit der Kommunen. Daneben werde das Abkommen hinter verschlossenen Türen verhandelt.

**Frau Brems (GRÜNE)** kritisiert, dass die Fraktion DIE.LINKE viel aus einem Beschluss der GRÜNEN im Landtag abgeschrieben habe und Fracking nicht - wie in der Begründung angeführt - verboten sei. Ihre Partei spreche sich nicht um jeden Preis gegen das Abkommen aus. Sie distanzieren sich daher von einigen der gemachten Ausführungen und habe den Änderungsantrag gestellt, um die Ausgewogenheit ihrer Partei zu verdeutlichen. Das derzeit vorliegende TTIP sei intransparent und werde an den Parlamenten vorbei diskutiert. Ferner könnte das Justizsystem ausgehebelt werden. Daneben sehe man erhebliche Datenschutzprobleme.

Sie bittet um Zustimmung für den Antrag ihrer Fraktion, weil dieser die Situation für die Stadt Gütersloh umfassender darstelle.

**Herr Kollmeyer (CDU)** merkt an, dass mit solchen Anträgen Themen der Weltpolitik in die Kommunalparlamente geholt würden, was nicht Schwerpunkt der Kommunalpolitik sein sollte. Er kritisiert, dass der Änderungsantrag der GRÜNEN erneut sehr kurzfristig eingegangen sei und daher in den Fraktionen gar nicht mehr hätte diskutiert werden können.

Das Abkommen selbst biete Chancen und Risiken. Die Diskussion sei ideologisch bestimmt, wie der Wortbeitrag der LINKEN verdeutlicht habe. Der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages habe den Punkt schon thematisiert, die kommunalen Interessen gewürdigt und vermutlich ausreichend abgedeckt. Daher werde man beide Anträge ablehnen.

**Herr Stenkamp (BfGT)** führt aus, dass seine Fraktion auch die Auffassung vertrete, dass eine Transparenz in den Verhandlungen auch in die Öffentlichkeit gehöre. Es gebe diverse Risiken, was sowohl Auswirkungen auf die Kommunen, aber auch auf den einzelnen Steuerzahler beinhalte.

**Herr Ostermann (SPD)** geht darauf ein, dass das TTIP in der Tat kommunale Belange in einer Weise berühre, was nicht egal sein dürfe. So bestünde durchaus die Gefahr, dass Privatisierungen nie wieder zurückgenommen werden könnten. Auch die SPD-Fraktion im Europaparlament habe ein Papier verfasst, das zu denen der GRÜNEN ziemlich deckungsgleich sei. Er vermisse beim Antrag der LINKEN ebenfalls die Ausgewogenheit und erwarte von dieser Resolution aber einen gewissen Welleneffekt.

**Herr Kalley (UWG)** teilt mit, dass seine Fraktion aus den gleichen Gründen wie die CDU die Anträge ebenfalls ablehnen werde, zumal das Abkommen selbst nicht zugänglich sei.

**Herr Schulte-Fischedick (fraktionslos)** merkt an, dass es vermutlich keine Rolle spiele, ob der Rat sich für oder gegen das Abkommen ausspreche. Andererseits würden viele kleine Tropfen das Fass auch füllen. Er hebt hervor, dass das Abkommen undemokratisch zustande gekommen sei und hinter verschlossenen Türen diskutiert werde. Die Risiken insbesondere für die Bürgerrechte seien größer als der Nutzen des Abkommens.

Dem Antrag der GRÜNEN werde er zustimmen, weil dieser nicht so hetzerisch formuliert sei.

**Herr Morkes (BfGT)** bittet darum, Anträge zukünftig sachlich und kurz zu begründen.

**Frau Unger** bestätigt auf seine Nachfrage hin, dass der Antrag der LINKEN der weitergehende sei, weil darin ein Stopp gefordert werde.

### **Antrag der Fraktion DIE.LINKE:**

Die Stadt Gütersloh fordert die Bundesregierung und die Bundestags- und Europaabgeordneten dazu auf, sich für einen Stopp der Verhandlungen über das EU-USA Freihandelsabkommen Trans-atlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) auf der Basis des jetzigen Verhandlungsmandats einzusetzen.

Ergebnis:

Abgelehnt mit

39 Nein-Stimme(n) (CDU, SPD, 1 GRÜNE, 2 UWG, RM Schulte-Fischedick, BM),

bei 8 Ja-Stimme(n), (6 BfGT, 2 LINKE)

und 5 Stimmenthaltung(en) (GRÜNE)

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Gütersloh lehnt das derzeit verhandelte und so geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU ab. Es senkt anerkannte Standards und schmälert die Rechte der Kommunen. Ein transatlantisches Freihandelsabkommen um jeden Preis darf es nicht geben. Der Rat lehnt das so geplante Freihandelsabkommen auf der Basis dieses Verhandlungsmandats aus folgenden Gründen ab:

1. Verhandlungen mit so großer Tragweite dürfen nicht unter Ausschluss der Parlamente und der Öffentlichkeit stattfinden.
2. Der Handlungsspielraum von Parlamenten, kommunalen Vertretungen und Regierungen darf nicht unangemessen eingeschränkt werden.
3. Die europäischen wie auch kommunalen Standards im Umwelt- und Klimaschutz sowie im Gesundheits- und Verbraucherschutz dürfen nicht abgesenkt werden.
4. Unser Rechtsstaat und unser bewährtes Justizsystem dürfen nicht ausgehebelt werden.
5. Es bedarf eines besseren Datenschutzes, nicht eines schwächeren, um die Freiheit und das Recht auch im Internet zu sichern. Kultur und Medien sind keine Ware. Kulturelle Vielfalt und die freie Meinungsbildung sind Grundlagen eines freiheitlichen Rechtsstaates.
6. Großen Unternehmen soll kein Vorschub geleistet werden, mittelständische Unternehmen aus dem Markt zu verdrängen.
7. Soziale und ökologische Standards müssen Bestandteil in den öffentlichen Ausschreibungen der Stadt Gütersloh sein.
8. Die kommunale Daseinsvorsorge darf nicht eingeschränkt oder sogar vollkommen ausgehebelt werden.
9. Der Rat der Stadt Gütersloh hat am 16.05.2014 einen Beschluss gegen Fracking gefasst. Genau diese Art der Rohstoffgewinnung würde durch das verhandelte Abkommen ermöglicht. Außerdem wollen wir keine Privatisierung der Wasserversorgung, kein Gen-Food, keine Chlorhähnchen, kein Hormonfleisch und kein Asbest.

Ergebnis:

Beschlossen mit

28 Ja-Stimme(n) (SPD, GRÜNE, BfGT, RM Schulte-Fischedick, BM)

22 Nein-Stimme(n) (CDU, UWG)

2 Stimmenthaltung(en) (LINKE)